



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

wieder liegt ein neuer „Monika Griefahn MdB Newsletter“ vor.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!

Ihre

In dieser Ausgabe

- > Deutsche Post schließt zahlreiche Partneragenturen S. 1
- > Monika Griefahn diskutierte in der KGS Schneverdingen S. 2
- > Schülerinnen und Schüler zu Gast in Berlin S. 2
- > Neujahrsempfang des SPD-Unterbezirks Soltau-Fallingb. S. 2
- > Aufbruch soziales Deutschland S. 3
- > Lars Klingbeil ist neu im Bundestag S. 4
- > Monika Griefahn sprach mit Vertretern der IG 3. Gleis S. 4
- > Modernisierung der Bahnhöfe läuft weiter S. 5
- > Existenz der Rundfunkklangkörper sichern S. 6
- > Rundfunkgebühren und PC S. 6
- > Wahlkreisreform wurde vom Bundestag beschlossen S. 7
- > Zweiwöchiges Praktikum im Bundestag S. 8
- > Mehr Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige seit dem 1. Januar 2005 S. 8
- > Aktuelle Termine und Link-Tipps S. 9

Deutsche Post schließt zahlreiche Partneragenturen

Die Deutsche Post restrukturiert ihr Filialsystem und schließt bundesweit zahlreiche Partneragenturen. Betroffen davon sind auch etliche kleinere Partneragenturen im Landkreis Harburg. Ende letzten Jahres wurde bereits die Partnerfiliale in Winsen-Pattensen geschlossen. Weitere Filialschließungen für Rosengarten-Vahrendorf, Winsen-Rottorf, Seevetal-Ramelsloh, Marxen, Brackel und Wulfen sind bereits angekündigt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Deutsche Post AG noch weitere Filialen schließen will. Aus diesem Grunde wird die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn alle hauptamtlichen Bürgermeister und Gemeindedirektoren zu einem Gespräch einladen. Ende Februar wird Herr Stephan Siekmann,

Politikbeauftragter der Deutschen Post für das Gebiet Hannover, den Bürgermeistern die Geschäftspolitik der Deutschen Post erläutern. „Erneut spielt die CDU in der Postpolitik ein Doppelspiel“ so die örtliche SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn. „Vor Ort beklagen CDU-Vertreter die Schließung der Partnerfilialen. Auf Bundesebene aber haben gerade erst die CDU-regierten Länder Niedersachsen und Hessen einen neuen Antrag zur weiteren Liberalisierung des Postmarktes eingebracht. Darin wollen sie die Laufzeit der Exklusivlizenz der Deutschen Post, die Ende 2007 ausläuft, um zwei Jahre reduzieren. Ihr Ziel ist die vollständige Liberalisierung des Briefmarktes. Damit aber entfielen die bisherige Finanzierung eines breiten Filialnetzes, und die Deut-

sche Post wäre nicht mehr wie heute an eine Mindestzahl von Filialen und Agenturen gebunden. Das bedeutet konkret, dass es damit zu noch weit mehr Schließungen käme als jetzt. Gut 13.000 Standorte betreibt die Post derzeit in Deutschland, davon rund 6.000 eigene Filialen und 7.000 Postagenturen. Per Gesetz verpflichtet ist der Konzern nach der Post-Universaldienstleistungsverordnung aber nur zu 12.000 Filialen, wovon 5.000 eigenbetriebene Filialen sein müssen. Die überzähligen defizitären 1.000 Filialen werden derzeit abgebaut. Anstelle der geschlossenen Filialen wird es vielerorts künftig eine postalische Versorgung durch den Mobilien Post-Service (MOPS) geben. Die Verordnung sowie eine Selbstverpflichtungserklärung der Deutschen Post stellen auch

zukünftig unter anderem sicher, dass es bis zum 31. Dezember 2007 in jeder Gemeinde mit mehr als 2.000 Einwohnern mindestens eine stationäre Einrichtung gibt und dass das Filialnetz in jedem Landkreis eine Mindestdichte aufweist (mindestens eine stationäre Einrichtung je Fläche von 80 Quadratkilometern). Wenn die CDU wirklich etwas für die Postfilialen und Postagenturen in unserem Landkreis erreichen will, muss sie auf die eigene Bundespartei einwirken, deren bürgerunfreundliche Politik zu beenden. Große Sprüche vor Ort zur Erhaltung von Postfilialen und Postagenturen nützen nichts, wenn auf Bundesebene eine ganz andere Politik betrieben wird“ so Monika Griefahn abschließend.

Monika Griefahn diskutierte in der KGS Schneverdingen



Im Dezember 2004 war Monika Griefahn zu Gast in der KGS Schneverdingen, um dort mit Schülerinnen und Schülern der Oberstufe zu diskutieren. Die Jugendlichen besuchen den Grundkurs Politik im Jahrgang 12 und den Politik-Anfangsunterricht in Jahrgang 9. Monika Griefahn schilderte ihren Alltag als Politikerin und stellte sich den Fragen der Jugendlichen, die sich gut auf diese Diskussion vorbereitet hatten.

Die Fragen gehörten hauptsächlich zu den Themen „Zukunft der Demokratie“ und „Politik- und Demokratieverdrossenheit“. Erörtert wurde auch die Frage, warum die Rechten zurzeit Erfolge verzeichnen können und was die Parteien dagegen unternehmen wollen und können. Zum Abschluss erhielt Monika Griefahn als Dankeschön für Ihren Besuch selbstgebackene Kekse, über die sie sich sehr freute.

Schülerinnen und Schüler zu Gast in Berlin



Am 20. Januar 2005 war eine Schülergruppe der KGS Schneverdingen zu Gast in Berlin und nutzte dort die Gelegenheit, mit Monika Griefahn zu diskutieren. „Es war eine

sehr interessante Diskussion mit der Gruppe“, freute sich Monika Griefahn. „Die jungen Leute waren besonders an außenpolitischen Themen interessiert.“ So war der

Iran Diskussionsthema und die Frage, ob es gelingen wird, die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, eine friedliche Lösung für anstehende Probleme zu finden. Monika Griefahn berichtete über Gespräche und Verhandlungen: Sie war im Herbst 2003 selber als Mitglied einer Parlamentariergruppe vor Ort, um durch Gespräche dazu beizutragen, einen Konsens in der Atomfrage zu finden. Ebenfalls diskutiert wurde die Frage, wie es mit dem Irak weitergeht und wie die neue Außenpolitik der USA gestaltet wird. Wie wird es politisch weitergehen mit dem

Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union? „Das Verhältnis ist belastbar“, erklärte Monika Griefahn. „Unterschiedliche Positionen gehören zum Alltag.“ Man müsse bedenken, dass es unterschiedliche politische Lager seien, aber die deutsch-amerikanische Freundschaft werde trotz einiger Gegensätze nicht in Frage gestellt. Weitere Diskussionsthemen waren die Föderalismuskommission und Bildung. „Ich freue mich immer, wenn ich so vielseitig interessierte Schülergruppen treffe. Dann macht die Diskussion so richtig Spaß.“

Neujahrsempfang des SPD-Unterbezirks Soltau-Fallingb.ostel



Neujahrsempfang des SPD-Unterbezirks Soltau-Fallingb.ostel am 30. Januar in Bomlitz (von links: UB-Vorsitzender Wilfried Worch-Rohweder, Monika Griefahn, MdB, Michael Lebid, Bürgermeister von Bomlitz, Dieter Möhrmann, MdL).

In vorhergehenden Jahren hatten die SPD-Ortsvereine aus dem Nordkreis zu Neujahrsempfängen nach Soltau eingeladen, dies war jetzt der erste Neujahrsempfang des SPD-Unterbezirks SFA – und ein voller Erfolg. Rund 150 Gäste aus dem öffentlichen Leben sowie den SPD-Ortsvereinen kamen ins Dorfgemeinschaftshaus Bomlitz. Da in den Landkreiszeitungen gut berichtet wurde, soll an dieser Stelle auf einen weiteren Bericht verzichtet werden.

Aufbruch soziales Deutschland

Henning Voscherau beim Neujahrsempfang des SPD-Unterbezirks Lkr. Harburg

Auch in diesem Jahr fand wieder der traditionelle Neujahrsempfang des SPD-Unterbezirks Landkreis Harburg statt. Über 160 Genossinnen und Genossen, Vertreter von Vereinen und Verbänden und öffentlichen Einrichtungen kamen am Sonntag, den 16. Januar 2005, in den Alten Geidenhof nach Hanstedt.

Der SPD-Unterbezirksvorsitzende Klaus-Dieter Feindt begrüßte zunächst die Gäste und ging auf die Tsunami-Flutkatastrophe ein. Hier wolle man helfen, führte Klaus-Dieter Feindt aus, daher wurde anschließend auf dem Neujahrsempfang zugunsten der Opfer der Flutkatastrophe in Indien gesammelt.



Hochkarätiger Gastreferent auf dem Neujahrsempfang war Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister a.D. der Freien und Hansestadt Hamburg. Zum Auftakt nahm Voscherau zum Thema „Nebeneinkünfte von Politikern“ Stellung. Es könne einerseits nicht

Nebeneinkünfte ohne Gegenleistung erhielten. Andererseits sei es gerade wünschenswert, dass Politiker, die ein Mandat auf Zeit erhielten, in der Wirtschaft verwurzelt blieben und eine berufliche Perspektive auch außerhalb der Politik hätten.

Anschließend sprach Henning Voscherau dann zum Thema „Aufbruch soziales Deutschland“. Die SPD stehe in Umfragen wieder viel besser da; erstmals seit längerer Zeit liege die Regierungskoalition aus SPD und Grünen mit CDU/CSU und FDP gleichauf. Angesichts eines unbequemeren Reformpakets wie der „Agenda 2010“ sei die Standfestigkeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder bewundernswert; es seien noch weitergehende Reformen erforderlich. Am 1.1.2005 sei die letzte Stufe der Steuerreform in Kraft getreten; dadurch würden Familien und weite Bevölkerungskreise finanziell entlastet; der Eingangssteuersatz wurde von 25,9 % auf 15 % gesenkt. Ebenso seien die „Hartz IV“-Arbeitsmarktformen in Kraft getreten, ohne dass es zu den prophezeiten gravierenden Problemen in der Umsetzung gekommen sei. Und sogar das Mautsystem laufe nach längeren Verzögerungen erfolgreich an. Wichtigstes noch ungeklärtes Problem bleibe weiterhin die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es komme auch darauf



an, in der Globalisierung und einer zusammenwachsenden Welt die sozialdemokratischen Grundwerte wie Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität zu bewahren. Der weltweite Wettbewerb stelle neue Herausforderungen. Deutschland könne und solle kein Billiglohnland werden. Daher müsse Deutschland vor allem „schneller“ und „besser“ werden. Als Beispiele nannte Voscherau die seit 30 Jahren ergebnislosen Versuche einer Föderalismusreform, die politische Entflechtung von Bundes- und Länderkompetenzen (Verhinderung von Bundesratsblockaden), die Entrümpelung des Planungsrechts zur Beschleunigung von Planungsprozessen in Zukunftsfragen, die Förderung von technischen Innovationen und die Herstellung einer Bundeskompetenz in der Bildungspolitik anstelle einer schwerfälligen 16-Länder-Kultusministerkonferenz. Henning Voscherau sprach sich

weiterhin nach der bereits umgesetzten Senkung der Steuersätze auf breiter Front für eine „qualitativ ambitionierte Steuerreform“ aus, bei dem der „Dschungel an Steuervermeidungsmöglichkeiten“ beseitigt werden müsse. Die sozialen Sicherungssysteme müssten in Zukunft mehr aus indirekten Steuern und weniger aus Beiträgen finanziert werden. Henning Voscherau erntete für seine Ausführungen längeren Applaus. Auf dem SPD-Neujahrsempfang wurden die Gäste dann um eine Spende zugunsten der Deutsch-Indischen Gesellschaft gebeten. Immerhin 1.050 Euro konnte der SPD-Unterbezirksvorsitzende Klaus-Dieter Feindt noch am gleichen Abend bei der Jahresanfangsfeier der Deutsch-Indischen Gesellschaft deren Vorsitzenden Martin K. Cherian überreichen. Die Spenden kommen direkt den von der Flut Betroffenen in der Region Tamil Nadu in Südindien zugute.



Lars Klingbeil ist neu im Bundestag



26 Jahre jung und schon Bundestagsabgeordneter – dies ist nicht die Regel. Als jüngstes Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion wurde der 26-jährige Lars Klingbeil aus Munster in Berlin begrüßt. Ende Januar ist Lars Klingbeil für Jann-Peter Janssen in den Bundestag nachgerückt,

der im Rahmen der Diskussion um VW-Bezüge sein Amt niedergelegt hatte. „Ich bin sehr froh, in meinem Wahlkreis so einen jungen SPD-Kollegen zu haben. Lars Klingbeil und ich werden sicherlich gut zusammenarbeiten und können uns in der Tätigkeit vor Ort gut ergänzen“, freute sich Monika Griefahn.

Lars Klingbeil ist seit dem Jahr 2003 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos in der SPD. Seit 2001 ist er Mitglied im Rat der Stadt Munster. Zudem gehört er dem SPD-Bezirksvorstand Nord-Niedersachsen an. Sein Zuständigkeitsbereich ist das Jugendprojekt, mit dem Nachwuchsarbeit und Jugendsprache der

SPD betrieben wird. Lars Klingbeil war als Mitarbeiter im Wahlkreisbüro von Bundeskanzler Gerhard Schröder, MdB, sowie Heino Wiese, MdB, tätig, ebenso in der Niedersachsen-Kampa, der Wahlkampfzentrale der SPD. Beim Juso-Landesverband Nordrhein-Westfalen arbeitete er als Jugendbildungsreferent. Den Magisterstudiengang Politische Wissenschaft, Geschichte und Soziologie absolvierte er von Herbst 1999 bis zum Frühjahr 2004; in den Jahren 2001 bis 2004 war er Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Magisterarbeit von Lars Klingbeil hatte den Titel „Das sicherheitspolitische Konzept der USA nach dem 11.

September – Bruch oder Kontinuität“. Zehn Jahre war er Sänger und Gitarrist in verschiedenen Rockbands. Während seines Studiums ließ er sich den Wind der großen weiten Welt um die Nase wehen: Er absolvierte Praktika in Washington, Brüssel und New York (während des 11. September 2001) und nahm bereits an Konferenzen in Chile, Südafrika, Irland und den USA teil. In seiner politischen Arbeit im Landkreis Soltau-Fallingb. möchte er besonders auf junge Menschen zugehen und ihnen Politik nahe bringen.

Monika Griefahn sprach mit Vertretern der IG 3. Gleis

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn sprach jetzt während eines Ortstermins in Stelle mit Vertretern der „Interessengemeinschaft 3. Gleis – Bürger für Lärmschutz & Lärmsanierung in Stelle und Ashausen“. Sie informierte dabei zu den Themen „3. Gleis Stelle - Lüneburg“ und „Lärmschutz in Stelle“. Die „IG 3. Gleis“ hatte einen Fragenkatalog vorgelegt, den Monika Griefahn beantwortete.

Nachdem Monika Griefahn mit Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion und der örtlichen SPD-Landtagsabgeordneten im Jahr 2000 die Aufnahme des 3. Gleises Stelle – Lüneburg in das

Anti-Stau-Programm der Bundesregierung erreicht hatte, ist das 3. Gleis erstmals im Vordringlichen Bedarf des „Bundesverkehrswegeplans 2003“ (BVWP) enthalten und war es im bis dahin geltenden alten BVWP nicht. Der neue BVWP wurde Mitte Juli 2003 vom Bundeskabinett beschlossen und hat eine Laufzeit bis 2015.

Alle Akteure wie der Bund, das Land, die Kommunen und die Deutsche Bahn AG sind von der Notwendigkeit des 3. Gleises überzeugt und ziehen in der Sache an einem Strang.

Seit längerer Zeit setzt sich Monika Griefahn außerdem für verbesserten

Lärmschutz an den Schienenstrecken im Landkreis Harburg ein.

Es ist dabei zu unterscheiden zwischen der Lärmvorsorge beim Neu- und Ausbau einer Strecke (z.B. Ausbaustrecke 3. Gleis Winsen/Luhe und östliches Stelle) und der nachträglichen Lärmsanierung, die eine freiwillige Leistung des Bundes im Rahmen der ausgewiesenen Haushaltsmittel ist.

(vgl. zu Details die Pressemitteilung Nr. 29/ 2002 vom 11.11.2002 im Internetangebot von [Monika Griefahn unter www.monika-griefahn.de](http://www.monika-griefahn.de))

Vertreter der Bürgerinitiative unterstrichen die Notwendigkeit baldigen Lärmschutzes in Stelle. Priorität habe dabei der aktive Lärmschutz z.B. durch Lärmschutzwände. Ein besonderes Problem in der Steller Ortsmitte ist ein Gütergleis, das zunächst auf einem Damm und dann auf Stelzen in beträchtlicher Höhe Zugverkehr aufnimmt. Monika Griefahn sah auch die Notwendigkeit bestätigt, dass das Lärmsanierungsprogramm des Bundes in den Folgejahren fortgeführt werden soll, und wird die Interessengemeinschaft weiterhin beim Bemühen um besseren Lärmschutz in Stelle unterstützen.

Anlage: Hintergrundinformationen

Bau des 3. Gleises zwischen Stelle und Lüneburg

Dass das 3. Gleis im Bundesverkehrswegeplan enthalten ist, ist Voraussetzung für seine Ver-

wirklichung. Der Bundesverkehrswegeplan ist zugleich die Grundlage der Entwürfe des Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes sowie des Fünften Gesetzes zur

Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes mit den jeweils als Anlage enthaltenen Bedarfsplänen für die Schienenwege des Bundes bzw. für die Bundesfernstraßen. Beide Gesetzentwürfe wurden

vom Bundeskabinett gleichfalls am 2. Juli 2003 beschlossen. Der Deutsche Bundestag hat die Gesetze am 01.07.2004 beschlossen; die Befassung im Bundesrat hat keine Änderungen ergeben.

Voraussetzung für die bauliche Verwirklichung des 3. Gleises sind nun noch die Bereitstellung der nötigen Finanzmittel durch den Bund und der erfolgreiche Abschluss der Planfeststellungsverfahren durch die DB Netz AG.

Das 3. Gleis ist zunächst nicht im Mittelfristigen Investitionsprogramm 2004 – 2008 des Bundesverkehrsministeriums enthalten. Hintergrund sind die Ausfälle bei der LKW-Maut. Hierüber hat Monika Griefahn seinerzeit umgehend die Bürger und die Öffentlichkeit informiert (siehe Pressemitteilung Nr. 38 / 2004 vom 26.07.2004). Monika Griefahn setzt sich weiterhin für eine nachträgliche Aufnahme in das Mittelfristige Investitionsprogramm oder hilfsweise für eine Berücksichtigung beim nächsten mittelfristigen Investitionsprogramm ein.

Für den Bau des 3. Gleises zwischen Stelle und Lüneburg laufen für die vier Abschnitte zurzeit vier getrennte Planfeststellungsverfahren. Die DB Netz AG ist Antragsteller, die Bezirksregierung Lüneburg bzw. jetzt die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr ist durchführende Behörde. Die vier Planfeststellungsverfahren umfassen grob gesagt die Trassenabschnitte Stelle/Winsen, Winsen/Radbruch, Bardowick und Lüneburg. Die öffentlichen Anhörungstermine haben stattgefunden. Die Planungen sind jedoch noch nicht vollständig durchgeführt, so dass noch nicht alle vier Verfahren planfeststellungsfähig sind. Ein konkreter Termin für den Planfeststellungsabschluss kann wohl zurzeit noch nicht benannt werden.

Lärmschutz in Stelle

Das Lärmsanierungsprogramm des Bundes wurde 1998 von der rot-grünen Bundesregierung erstmals aufgelegt. Bis dahin gab es überhaupt keine Lärmsanierung an Schienenstrecken. Mittlerweile wurden immerhin trotz der begrenzten Mittel immerhin 5 Maßnahmen im Landkreis Harburg aufgenommen (2 x Buchholz, 2 x Stelle, 1 x Jesteburg). Die jährlichen Mittel von rund 51 Millionen Euro bundesweit sollen weiterhin bereitgestellt werden. Die Maßnahme in Jesteburg wurde bereits weitgehend umgesetzt. Der Bund stellt das Geld zur Verfügung, die DB AG plant und setzt je nach Planungsfortschritt um, der Bund schreibt die „Dringlichkeitsliste Lärmsanierung“ fort.

Während das östliche Stelle beim Bau des 3.

Gleises von Lärmvorsorgemaßnahmen profitieren kann, sind in der „Dringlichkeitsliste Lärmsanierung“ 2 weitere Trassenabschnitte in Stelle vorgesehen, und zwar ein Abschnitt der Güterbahn Maschen-Buchholz und die Hauptstrecke im westlichen Teil Stelles. Zuständig für das konkrete Planfeststellungsverfahren in Stelle ist die „DB Projektbau GmbH“. Bürger und Träger öffentlicher Belange sind in dem konkreten Verfahren dann gefordert, ihre Interessen zu vertreten. Der Bund gibt nur das Geld und den rechtlichen Rahmen vor. Für die Lärmvorsorge gilt die 16. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz („Lärmschutzverordnung“), für die Lärmsanierung eine spezielle Lärmschutzförderrichtlinie mit anderen Grenzwerten.

Modernisierung der Bahnhöfe läuft weiter

Landkreise Harburg und Soltau-Fallingb. profitieren

Die niedersächsische SPD-Landesgruppe, in der die 31 niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten organisiert sind, traf jetzt den Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für die Länder Niedersachsen und Bremen, Hans-Jürgen Meyer. Die SPD-Landesgruppe informierte sich zu aktuellen Verkehrsprojekten und insbesondere über das „Sofortprogramm zur Verschönerung von Bahnhöfen“ (2002 - 2004) und das neue Bahnhofsprogramm „Niedersachsen ist am Zug!“ (bis 2007).

Im Jahre 2004 investierten der Bund, das Land Niedersachsen und die Deutsche Bahn AG rund 4,1 Millionen Euro in die Verschönerung von Bahnhöfen. Davon profitieren auch die Bahnhöfe

vor Ort: Für 2004 waren im Landkreis Harburg Maßnahmen vorgesehen für Handeloh, Holm-Seppensen, Meckelfeld, Sprötze, Suerhop und Winsen (Luhe). Im Landkreis Soltau-Fallingb. waren Maßnahmen vorgesehen für Dorfmark, Bad Fallingb., Hadsdorf, Hems, Hodenhagen, Schneverdingen, Walsrode und Wintermoor. Davon stammen rund 3,1 Millionen Euro aus Bundesmitteln, die über das Land Niedersachsen von der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG) vergeben werden. Die Arbeiten wurden zum größten Teil zum Jahreswechsel 2004/2005 abgeschlossen. In Winsen (Luhe), Handeloh und Bad Fallingb. werden die Arbeiten im Jahr 2005 zu

Ende gebracht. Auch an einigen anderen Stationen werden noch einzelne Restarbeiten in diesem Jahr umgesetzt.

Niedersachsen und die Deutsche Bahn AG haben Mitte Juli 2004 einen Vertrag über ein neues Bahnhofsprogramm „Niedersachsen ist am Zug!“ unterzeichnet. Es sieht Investitionen in Höhe von 85 Millionen Euro vor. Rund 60 Millionen Euro davon werden aus Regionalisierungsmitteln finanziert, die der Bund dem Land zweckgebunden zur Verfügung stellt. Damit wird der Start für eine umfassende Modernisierung von weiteren 32 Bahnhöfen gegeben, die bis 2007 abgeschlossen sein soll. Profitieren werden hiervon auch die Bahnhöfe Buchholz (Nordheide) und Tostedt.

Die umfassende Modernisierung von Bahnhöfen in Niedersachsen unter dem Titel „Niedersachsen ist am Zug!“ wurde übrigens noch von der alten SPDgeführten Landesregierung im Jahre 2001 mit dem „Niedersächsischen Nahverkehrsprogramm 2001 bis 2005“ angeschoben.

„Ich bin sehr froh darüber, dass zahlreiche Bahnhöfe in meinem Wahlkreis jetzt ansprechender gestaltet wurden“, erklärte Monika Griefahn und wies darauf hin: „Bei weiteren Erneuerungen werden wir darauf dringen, dass auch ein barrierefreier Zugang zu Bahnhöfen und Zügen gewährleistet wird, denn jetzt stehen oftmals Mütter mit Kinderwagen, behinderte oder ältere Menschen vor Problemen, die

sie oft nur mit Hilfe von anderen Mitreisenden lösen können – wenn sie dann gerade vor Ort sind

und sich hilfsbereit zeigen.“
Vertiefende Informationen zum Sofortprogramm finden sich unter

<http://www.lnvg.niedersachsen.de/projekte/index.html> und auf der Internetseite der Deutschen Bahn AG,

www.bahn.de, Bereich Konzern, vor allem in den Pressemitteilungen Nr. 96 / 2004 und 126 / 2004.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Maßnahmen an Bahnhöfen:

Dorfmark	neues Wegeleitsystem, neue Bahnsteigmöbel (z.B. Sitzbank, Papierkorb), Anstricharbeiten
Bad Fallingbostal	neues Wetterschutzhaus, neues Wegeleitsystem, neue Bahnsteigmöblierung
Hademstorf	neue Sitzbank, neues Wegeleitsystem, Anstricharbeiten
Handeloh	neues Wegeleitsystem, neue Vitrine, neue Bahnsteigmöblierung
Hemsen	neues Wegeleitsystem, neue Sitzmöbel, Anstricharbeiten
Hodenhagen	neues Wegeleitsystem, neue Vitrine, neue Bahnsteigmöblierung
Holm-Seppensen	neues Wegeleitsystem, neue Vitrine, neue Bahnsteigmöblierung
Meckelfeld	neue Türen der Wartehalle, Anstricharbeiten, neue Leuchten in Wartehalle
Schneverdingen	neues Wegeleitsystem, neue Vitrienen, neue Bahnsteigmöblierung
Sprötze	neues Wegeleitsystem, neue Vitrine, neue Bahnsteigmöblierung
Suerhop	neues Wegeleitsystem, neue Bahnsteigmöblierung, Anstricharbeiten
Walsrode	neues Wegeleitsystem, neue Vitrienen, neue Bahnsteigmöblierung
Winsen (Luhe)	neues Wegeleitsystem, neue Vitrienen, neue Bahnsteigmöblierung
Wintermoor	neues Wetterschutzhaus, neues Wegeleitsystem, neue Vitrine, neue Bahnsteigmöblierung

Aus der Berliner Arbeit von Monika Griefahn

Existenz der Rundfunkklangkörper sichern

Zur momentanen Debatte zu den Rundfunkorchestern und Rundfunkchören äußerte sich Monika Griefahn als die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion

Nachdem die Rundfunkgebührenerhöhung geringer ausgefallen ist, als von den öffentlich-rechtlichen Sendern und der KEF gefordert wurde, ist es richtig, dass die Sparüberlegungen auch die Rundfunkklangkörper betreffen müssen. Allerdings sollte dabei das Verhältnis klar sein. Die ARD gibt für ihre zwölf Orchester, fünf Chöre und vier Bigbands etwa 150 Millionen Euro aus. Das jährliche Gebührenaufkommen der Öffentlich-

Rechtlichen beläuft sich hingegen auf rund 6,6 Milliarden Euro. Die Personalkosten für die Klangkörper machen somit gerade mal etwa 2,4 Prozent der Rundfunkgebühren aus. Übermäßige Einsparungen oder sogar Einstellungen von Orchestern sind demnach ungerechtfertigt.

Die Orchester und Chöre der öffentlich-rechtlichen Anstalten setzen fast immer den Qualitätsmaßstab in der jeweiligen Region. Es gilt hier das

gleiche Prinzip, wie beim Sport. Wir brauchen eine Elite, die durch ihre Vorbildwirkung erzielt. Erst dadurch interessieren sich so viele für Musik und es entstehen beispielsweise Laiensembles.

Die Arbeit der Rundfunkklangkörper kann auch nicht durch einzelne Engagements von Orchestern ersetzt werden. Oft sind es die Orchester und Chöre der Öffentlich-Rechtlichen, die ein musikalisches Repertoire pfl-

gen, dass umfassend auf Tradition und Innovation in der Musik eingeht.

Bei den momentanen Sparbemühungen sollte also immer die Zielstellung klar sein. Die Rundfunkklangkörper müssen erhalten werden. Statt einer Streichung sollten sich alle Akteure um sinnvolle Umstrukturierungen, wie im Bereich der Tarifregelungen bemühen. Nur hierin kann die Lösung liegen.

Rundfunkgebühren und PC

Zur gegenwärtigen Debatte über die Einbeziehung von PC's in die Rundfunkgebührenpflicht erklärt im Hinblick auf den 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und

Medien, Monika Griefahn:

Die Einbeziehung internetfähiger PCs in die Rundfunkgebührenpflicht ab dem 1. Januar 2007 ist eine verbraucher- und unternehmensfreundliche Neuregelung. Von einer

mittelstands- oder gar innovationsfeindlichen Gestaltung kann in diesem Zusammenhang keinesfalls die Rede sein. Dies wurde in einem Expertengespräch nochmals deutlich, das der Unterausschuss „Neue Medien“

des Ausschusses für Kultur und Medien kürzlich zu diesem Thema geführt hat.

Entscheidend ist nach wie vor die umfassende Befreiung für Zweitgeräte für die private Nutzung, von der alle Haushalte

profitieren, die bereits Rundfunkgebühren zahlen. Diese Befreiung gilt auch für internetfähige PCs. Nur wenn bisher kein Fernseher oder Radio angemeldet ist, wird eine Gebühr auf den Internet-PC erhoben. Unternehmen müssen pro Betriebsstätte lediglich für einen Internet-PC eine

Rundfunkgebühr entrichten. Die praktischen Auswirkungen dieser Neuregelung sind daher insgesamt als eher gering einzuschätzen. Die gebührensensystematische Berücksichtigung von internetfähigen PCs ist aber aufgrund der technischen Entwicklung durchaus geboten und führt in der

vorgesehenen Form zu keinerlei unangemessenen Belastungen von Haushalten oder Unternehmen, wie einige Verbandsvertreter gerne glauben machen wollten. Allein für die Hotelbranche ist eine deutliche Mehrbelastung zu erwarten, die auch ich kritisch sehe. Dies hängt jedoch in

erster Linie mit der Einschränkung des so genannten „Hotelprivilegs“ zusammen. Allerdings liegt der gesamte Regelungsbereich ausschließlich in der Zuständigkeit der Länder, so dass wir seitens des Bundes hier nur an die Länder appellieren können.

Wahlkreisreform wurde vom Bundestag beschlossen

Die Wahlkreisreform wurde jetzt vom Bundestag beschlossen. Zur Bundestagswahl 2006 bleibt damit der Wahlkreis „Soltau-Fallingbostal - Winsen L.“ (2002 hier direkt für die SPD gewählt: Monika Griefahn MdB) in fast unverändertem Zuschnitt bestehen. Einzig und allein die Gemeinde Wietzendorf aus dem Landkreis Soltau-Fallingbostal wechselt in den Nachbarwahlkreis „Lüchow-Dannenberg - Lüneburg“ (2002 dort direkt für die SPD gewählt: Hedi Wegener MdB). Demnach wird neben Munster nun auch Wietzendorf im Landkreis Soltau-Fallingbostal dem Wahlkreis Lüchow-Dannenberg - Lüneburg ab der nächsten Bundestagswahl angehören. Im Landkreis Harburg bleibt alles beim Alten: Die Gemeinden Elbmarsch, Hanstedt und Salzhausen gehören zum Nachbarwahlkreis „Lüchow-Dannenberg - Lüneburg“, alle übrigen Städte und Gemeinden bleiben beim Bundestagswahlkreis „Soltau-Fallingbostal - Winsen L.“. Nachdem zur letzten Bundestagswahl 2002 die Anzahl der Bundestagswahlkreise von 328 auf 299 reduziert wurde, bedeutete dies seinerzeit eine Vergrößerung der

einzelnen Wahlkreise. Die Landkreise Harburg und Soltau-Fallingbostal wurden 2002 zum Bundestagswahlkreis „Soltau-Fallingbostal - Winsen L.“ zusammengelegt. Aus dem Landkreis Harburg wurden die Gemeinden Elbmarsch, Hanstedt und Salzhausen, aus dem Landkreis Soltau-Fallingbostal die Gemeinde Munster dem Nachbarwahlkreis „Lüchow-Dannenberg - Lüneburg“ zugeordnet. Dies bleibt auch 2006 so. Wegen des starken Bevölkerungswachstums im Wahlkreis wurde nun zur Bundestagswahl 2006 noch die Zuordnung der Gemeinde Wietzendorf zum Nachbarwahlkreis zwingend erforderlich. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nach dem die Zahl der Wahlberechtigten in einem Wahlkreis nicht mehr als 25 % vom Durchschnitt aller Wahlkreise nach oben oder nach unten abweichen darf. Dies hat Auswirkungen zum einen auf die Verteilung der Bundestagswahlkreise auf die Bundesländer, zum anderen auf den Zuschnitt der einzelnen Wahlkreise. Vor jeder Bundestagswahl wird deshalb zunächst geprüft, ob Bundesländer aufgrund des Wachstums oder des Schrumpfens ih-

rer wahlberechtigten Bevölkerung einen Wahlkreis mehr erhalten oder abgeben müssen. Bayern erhält zur Bundestagswahl 2006 einen zusätzlichen Wahlkreis wegen seines Einwohnerwachstums, Thüringen muss einen Wahlkreis abgeben. Obwohl dies lange erwartet worden war, erhält Niedersachsen nun keinen zusätzlichen Wahlkreis, weil Bayern ein stärkeres Bevölkerungswachstum aufweist. Die Wahlkreiskommission hatte einen Entwurf zur Verteilung der Wahlkreise auf die Länder erarbeitet, der federführend im Innenausschuss weiter bearbeitet wurde. Der Innenausschuss hatte den Gesetzentwurf am 26. Januar 2005 abschließend beraten und einstimmig dem Bundestag empfohlen. Nun war der Bundestag am 28. Januar am Zuge, um die Reform endgültig auf den Weg zu bringen. Bis auf die Gemeinde Wietzendorf wird der Bundestagswahlkreis Soltau-Fallingbostal - Winsen/L. bezogen auf die jetzige Wahlperiode unverändert bleiben. Zu Beginn der Diskussion hatte die Wahlkreiskommission vorgeschlagen, aufgrund der demographischen Entwicklung dem Land Schleswig-Holstein einen Wahlkreis

zu nehmen. Der Innenausschuss hat dies in seinen Beratungen nicht als notwendig angesehen und ist diesem Vorschlag nicht gefolgt. Daraus resultierend hat Niedersachsen jetzt keinen zusätzlichen Wahlkreis erhalten, was sonst eine große Umstrukturierung der Wahlkreise in Niedersachsen zur Folge gehabt hätte. Im Gespräch war ja noch zu Beginn der Beratungen, den Wahlkreis Soltau-Fallingbostal - Winsen/Luhe wieder zu trennen, wonach der gesamte Landkreis Harburg als Wahlkreis wieder wie vorher allein dagestanden hätte und dem Landkreis Soltau-Fallingbostal als Wahlkreis eventuell wieder Teile des Kreises Rotenburg angehört hätten - wie vor dieser laufenden Legislaturperiode. „Ich bedaure sehr, dass Wietzendorf nicht mehr zu meinem Wahlkreis gehören wird“, erklärte Monika Griefahn. „Auf der anderen Seite bin ich aber auch froh darüber, dass mein Wahlkreis - wenn er auch sehr groß ist - weitgehend so erhalten geblieben ist, denn eine durchgreifende Wahlkreisreform in jeder Bundestagswahlperiode bringt zuviel Unruhe in die politische Arbeit vor Ort.“

Zweiwöchiges Praktikum im Bundestag

Anna-Merle Rohweder hospitierte bei Monika Griefahn in Berlin

Innerhalb eines zweiwöchigen Schülerpraktikums arbeitete und hospitierte Anna-Merle Rohweder aus Soltau im Büro der Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien Monika Griefahn in Berlin. Zu dieser Zeit waren gerade Sitzungswochen des Parlamentes und so konnte die Schülerin nicht nur den Ablauf im Büro der Abgeordneten kennen lernen, sondern bekam auch einen guten Einblick in die Abläufe des Bundestages.

Sie konnte an den Sitzungen der Arbeitsgruppen Außenpolitik sowie Kultur und Medien teilnehmen, in denen sich die Abgeordneten unter anderem von Experten unterrichten ließen.

Neben den Besuchen der Arbeitsgruppen ging sie mit Monika Griefahn zu einer Podiumsdiskussion, nahm an den Sitzungen des Ausschusses für Kultur und Medien teil und erhielt Einblick in eine Fraktionssitzung der SPD. „Es war ein faszinierendes

Erlebnis einmal hautnah zu erleben, wie im Bundestag gearbeitet wird, das ich bestimmt nicht so schnell

vergessen werde“, so Anna-Merle Rohweder. Die Schülerin war nicht nur von der Arbeit im Bundestag beeindruckt,



sondern auch von dem Reichstagsgebäude mit seinen riesigen Kellerunterführungen und den zahlreichen Kunstwerken.

Mehr Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige seit dem 1. Januar 2005

Ohne ehrenamtliches Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger sähe es in vielen Bereichen düster aus. Egal ob Klassenräume verschönert oder Schwimmbäder am Leben erhalten: ohne ehrenamtlichen Einsatz wäre vieles nicht zu realisieren. Doch was ist, wenn ein Versicherungsschaden auftritt? Häufig waren Ehrenamtliche dann bei der Regulierung auf sich allein gestellt, was natürlich auch dazu führte, vorher noch einmal mehr zu überlegen, ob der ehrenamtliche Einsatz überhaupt in Angriff genommen werden sollte. Die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn kennt diese Risikoabwägung aus vielen Gesprächen. Seit dem 1. Januar 2005 gelten nun neue Regelungen. Die SPD-Fraktion hat im Deutschen Bundestag durchgesetzt, dass der gesetzliche Unfallversicherungsschutz für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger ab dem 1. Januar 2005 wesentlich erweitert worden ist. Damit konnte sehr berechtigten Anliegen aus zahlreichen Or-

ganisationen und Verbänden entsprochen werden.

„Als SPD belassen wir es nicht bei einem symbolischen Handschlag und schönen Worten. Die Förderung und Unterstützung der Engagierten ist unser zentrales Anliegen. Schritt für Schritt haben wir die Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessert, sei es wie jüngst beim Ausbau der Freiwilligendienste. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen“, lautet das Fazit der Bundestagsabgeordneten.

Was ist neu?

Auch bisher waren bereits viele Engagierte in die gesetzliche Unfallversicherung einbezogen. Geschützt sind etwa die Aktiven bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Wohlfahrtsverbänden oder der Hospizbewegung, Schöffen, Schülerlotsen und Kommunalpolitiker. Mit dem Gesetz wird der Versicherungsschutz nun auf weitere Personengruppen ausgedehnt, die sich ebenfalls zugunsten der

Allgemeinheit engagieren und dabei gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sein können. Das Gesetz sieht vor, dass künftig Bürgerinnen und Bürger versichert sein sollen, die in Vereinen oder Verbänden im Auftrag oder mit ausdrücklicher Einwilligung von Gebietskörperschaften (z. B. Kommunen) oder Kirchen tätig werden. Wer im Interesse einer Kommune ehrenamtlich tätig wird, ist künftig versichert. Das ist vor dem Hintergrund bedeutsam, dass viele Städte und Gemeinden verstärkt auf Bürgerbeteiligung zur Sicherung ihrer kommunalen Infrastruktur setzen. „Hier bestand nach bisheriger Rechtslage eine Lücke im Versicherungsschutz, die wir nun geschlossen haben“, erläuterte Monika Griefahn. Versichert sind künftig zum Beispiel die Mitglieder einer Bürgerinitiative, die im Auftrag der Kommune einen Spielplatz bauen und hierfür eine Patenschaft übernehmen. Auch die ehrenamtlich Tätigen eines Fördervereins, der mit Einwilligung

der Kommune ein von Schließung bedrohtes kommunales Freibad betreibt, sind gegen Unfälle versichert. Wichtig ist dies auch für den Schulverein, der in Eigenleistung seiner Mitglieder die Renovierung von Klassenzimmern übernimmt. Außerdem können gemeinnützige Organisationen, etwa Sportvereine, ihren gewählten Ehrenamtsträgern auf freiwilliger Basis Unfallversicherungsschutz verschaffen. Gewählte Ehrenämter können beispielsweise das Amt des Vorstandes oder auch das des Kassenwartes sein. Ebenfalls Unfallversicherungsschutz auf freiwilliger Basis können ehrenamtlich Engagierte in Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen erhalten. Schließlich soll der Schutz derjenigen weiter verbessert werden, die sich freiwillig in Rettungsorganisationen engagieren. Auch ihnen sollen künftig Sachschäden ersetzt werden. Da Unglücksfälle eine besonders schnelle und umfassende Hilfe erfordern, soll in dieser Situation der

Helfer nicht mit seinem Sachschaden allein gelassen werden. Zu denken ist etwa an eine ehrenamtliche DLRG-Rettungsschwimmerin, die bei einem Einsatz einen erschöpften Schwimmer rettet und dabei ihre Uhr verliert.

Wie läuft das Verwaltungsverfahren für die neuen Formen des Versicherungsschutzes ab?

Die neuen Aufgaben werden in die bestehenden Verwaltungsabläufe integriert. Dabei werden etwa im Sportbereich zwischen Landessport-

bünden und der zuständigen Berufsgenossenschaft einfache Meldeverfahren verabredet, die individuelle Melde- und Beitragspflichten entbehrlich machen. Der einzelne Versicherte muss namentlich erst dann erfasst werden, wenn er einen Unfall erlitten hat. „Ehrenamtliche Arbeit

nutzt allen. Die ehrenamtlich Engagierten dürfen nicht mit dem Risiko dieser Tätigkeiten allein gelassen werden. Wir haben erreicht, dass sie sich künftig auf den solidarischen Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung verlassen können“, erklärte Monika Griefahn abschließend.

Aktuelle Termine

Datum	Zeit	Thema	Ort
19.2.	19:00	„Lange Nacht der Poesie“, Karten sind erhältlich beim UB Soltau-Fallingbostel, Tel. 05162-90 99 99	Stadthalle Walsrode
21.2.	19:00	„Bildungsauftrag des Kindergartens und Zusammenarbeit mit den Grundschulen“ mit Referentin Adelheid Schreiner aus dem Kultusministerium, öffentliche Veranstaltung der SPD-Ratsfraktion Schneverdingen	Rathaus Schneverdingen, großer Sitzungssaal
26.2.	14:30 – 18:00	„Arbeit – Bildung - Zukunft“ - Eine neue Politik der Arbeit, Regionalforum zum Grundsatzprogramm des SPD-Bezirks Hannover und des SPD-UB Lkr. Harburg, u.a. mit Dr. Ingrid von Stumm (Max-Planck-Institut für demografische Forschung), Wolfgang Jüttner (SPD-Landesvorsitzender), Ingrid Pöhland (Verdi Hamburg), Monika Griefahn MdB und Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens, Anmeldung beim SPD UB Lkr. Harburg, Tel.: 04181 / 5358	Haus Deutscher Ring, Itzenbütteler Str. 35, Jesteburg
3.3.	15:00	„Aktuelles aus Berlin, Schwerpunkt: Gesundheits- und Sozialpolitik“, Monika Griefahn bei der SPD AG 60 plus UB Lkr. Harburg	Dorfhaus Maschen
3.3.	17:00 – 18:15	Bürgersprechstunde Monika Griefahn MdB für den Lkr. Harburg, Anmeldung unter 04171 / 780171	Buchholz
3.3.	19:00	Monika Griefahn zu Gast beim Jahresverbandstag des THW Stelle-Winsen	Alte Lüneburger Str. 51, Stelle
10.3.	19:00 – 22:00	„Kommunalpolitik macht Spaß! – Ratsarbeit in der Praxis“, Seminar für kommunalpolitisch Interessierte, Anmeldung beim SPD UB Lkr. Harburg, Tel.: 04181 / 5358	Hotel Maack, Maschen
12.3.	9:00	Monika Griefahn zu Gast als Referentin bei der Jahrestagung des Landesverbandes niedersächsischer Musikschulen	Hotel Park Soltau, Soltau

Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps

Wenn Sie auf die Links klicken, werden die Internetseiten bei bestehender Internetverbindung direkt in Ihrem Browser geöffnet!

Internetadresse	Erläuterung
www.monika-griefahn.de	Internetseite von Monika Griefahn MdB, Tipp: In der Rubrik „Service“ finden sich unter „Linkliste“ rund 1.000 Links, darunter auch 500 Links von Anbietern aus den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingbostel
www.spdfraktion.de	Internetangebot der SPD-Bundestagsfraktion mit den aktuellen Topthemen Zeit für Innovationen, Ausbildungsumlage, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Jugendliche vor Alcopops schützen, EU-Erweiterung und Agenda 2010
www.programmdebatte.spd.de	Information zur Diskussion eines neuen SPD-Grundsatzprogramms vom SPD-Parteivorstand und der Programmkommission
www.reformprofil.de	Information zur Diskussion eines neuen SPD-Grundsatzprogramms vom SPD-Bezirk Hannover
www.arbeitsmarktreform.spd.de	Informationen zu Hartz IV und zu den Arbeitsmarktreformen von der SPD
www.buergerversicherung.spd.de	Informationen zur Bürgerversicherung von der SPD

Deutscher Bundestag

Mitarbeiter: Felix Falk, Renate Mantzke
 Platz der Republik, 11011 Berlin
 Bürogebäude: Paul-Löbe-Haus
 Tel: (030) 227-72425 / 26
 Fax: (030) 227-70125
 Email: monika.griefahn@bundestag.de

Bürgerbüro Lkr. Harburg

Mitarbeiter: Matthias Westermann
 Brauhofstraße 1,
 21423 Winsen/Luhe
 Tel: (04171) 780171
 Fax: (04171) 780172
 Email: monika.griefahn@wk.bundestag.de

Büro Lkr. Soltau-Fallingbostel

Mitarbeiterin: Gunda Ströbele
 Uppen Drohm 19,
 29643 Neuenkirchen
 Tel: (05195) 5050
 Fax: (05195) 5052
 Email: sfa@monika-griefahn.de